



Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 6

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 8. Februar 1919

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist Netto zu erheben einzurechnen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

33. Jahrg.

Eine falsche Kampfesweise.

Seit vielen Jahrzehnten wird die Sozialdemokratie, die Vorläuferin einer sozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung, von allen Seiten aufs heftigste bekämpft. Die Gegner, die mit einer ungemeinen Fähigkeit und Hartnäckigkeit für die Erhaltung des Kapitalismus streiten, wenden dabei die Methode der Abschreckung an, indem sie die Absichten und Ziele der Sozialdemokraten geblöckelt entstellen, um dadurch die Volksmassen vor dem Sozialismus grauen zu machen. Teils aus Unkenntnis, teils aus Böswilligkeit entwerfen sie die schrecklichsten Zerrbilder und halten dem Sozialismus einen Verzerrungs-Spiegel vor, wovon er als ein Ungeheuer erscheint, mit dem man keine Kinder bangemachen kann. Die Vorläufer des vielgeschmähten und vielverhüllten Sozialismus sind darum gezwungen, die unablässig wiederholten Entstellungen richtig zu stellen und die sozialistische Weltanschauung so zu zeigen, wie sie in Wirklichkeit ist. Daraus ergibt sich der seit einem Menschenalter geführte Kampf der Sozialdemokratie gegen ihre Verkleinerer und Verleumder, ein Geisteskampf, der in Zeitungen und Zeitschriften, in Flugblättern und Versammlungen geführt wird.

Bezeichnend ist es, daß in diesem Kampfe um den Sozialismus seitens der Gegner und der Verteidiger eine ganz verschiedenartige Methode angewandt wird. Während die Sozialdemokraten sich vorwiegend an den Verstand, das Nachdenken und die nüchternen Überlegungen der Leser und Zuhörer wenden, suchen ihre Gegner fast ausschließlich auf das Gefühl einzuwirken und gegen den Sozialismus Stimmung zu machen. Sie betreiben Stimmungsmache, indem sie die sozialistischen Gedanken und Pläne verunglimpfen, um die Volksmassen zu veranlassen, von der Sozialdemokratie abzurücken und sich den bürgerlichen Parteien anzuschließen. Besonders vor den Wahlen ist diese Kampfesweise sehr beliebt, und in ungezählten Versammlungen und Flugblättern hat man die Sozialdemokratie und ihr Programm mit Schmutz beworfen, weil man glaubte, dadurch die unerfahrenen Massen für die kapitalistisch-agrarischen Zwecke einfangen zu können. Demgegenüber bemüht sich die Sozialdemokratie, die Massen aufzuklären und sie zu einer ernstlichen, gewissenhaften Prüfung der Sachlage zu bewegen.

Daß es die Gegner bei ihrem Kampfe mit der Wahrheit nicht allzu genau nahmen, ist bekannt. Es kam ihnen auf eine Handvoll Verdrehungen und Entstellungen nicht an, und selbst vor faustdicken Lügen und Verleumdungen schreckten sie nicht zurück. Die Sozialdemokratie ist kultur- und religionsfeindlich, so behaupteten sie; sie will die Ehe und die Familie vernichten, sie will Staat und Ordnung zerstören, sie will das Eigentum beseitigen und eine Zwangsherrschaft aufrichten, in der es keine Freiheit und kein Recht mehr gibt. Sie erzählten, die Sozialdemokraten wollten den kleinen Leuten die Stuh aus dem Stalle holen und dem armen Dienstmädchen sein Sparlöffelchen wegnehmen; sie wollten alles verstaatlichen, sogar die Frauen und Mädchen, und kein Mensch sei mehr in seinem ehrlich erworbenen Eigentum geschützt. Und wenn auch die Vertreter des Sozialismus hundertmal nachwiesen, daß dies unsinnige, unwahre Behauptungen seien und daß das gerade Gegenteil der Wahrheit entspreche, die Gegner blieben unbelehrt und wiederholten immer wieder ihre falschen Anschuldigungen.

Offenbar erzielten sie mit dieser unehrlichen Kampfesweise bei undissenden Leuten den gewünschten Erfolg, aber auf die Dauer mußte sie doch versagen. Die Aufklärung drang in immer weitere Kreise, und ganz allmählich ging den breiten Schichten des Volkes die Erkenntnis auf, daß sie von den Sozialistenkessern in ganz gemeiner Weise belogen und betrogen wurden. Die Folge davon war, daß sich die Massen in Stadt und Land langsam, aber stetig der Sozialdemokratie zuwandten, was sich deutlich in der zunehmenden Zahl der sozialdemokratischen

Wahlstimmen zeigte. Die arg verkehrte Sozialdemokratie gewann fortwährend neuen Zuström und sie wurde zuletzt die stärkste und ausschlaggebende Partei in Deutschland. Ihr steigender Einfluß äußerte sich auch darin, daß vor einigen Monaten, als wir vor dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch standen, der deutsche Kaiser — wenn auch zu spät — zur Sozialdemokratie als dem letzten Rettungsanker griff. Er nahm Sozialdemokraten als Minister in seine Regierung, um auf diese Weise das sinkende Staatsschiff vor dem drohenden Untergang zu retten.

Beim Ausbruch der Revolution erschien es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratie die ihr zukommende leitende Stellung einnahm und daß ihr die Aufgabe zufiel, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und trotz der unbeschreiblich großen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Ideale des Sozialismus allmählich zu verwirklichen. Leider stellten sich dieser ernsten Arbeit die inneren Zerrwürfnisse in der deutschen Arbeiterbewegung, die besonders in der ablehnenden Stellung der Unabhängigen und in der Flügellosigkeit der Spartakusleute zutage traten, als starke Hindernisse in den Weg. Es läßt sich denken, daß die Gegner des Sozialismus die gegenseitige Verflechtung der Sozialisten und die Fehltritte, die in einer revolutionären Zeit unvermeidlich sind, mit Eifer benutzten, um durch Übertreibungen und Verzerrungen wankelmütige Leute in ihrer Entscheidung zu beeinflussen und sie von dem Anschluß an die Sozialdemokratie abzusprechen. Diese Methode der Vagabunderei ist sicherlich nicht ohne Erfolg geblieben, sie hat der Sozialdemokratie ohne Zweifel zahlreiche Stimmen gekostet, weil es noch zu viele Wähler und Wählerinnen gibt, die über die Neugierigkeiten und Zufälligkeiten einer Partei ihr inneres Wesen vergessen, die die Schale nicht vom Kern zu unterscheiden wissen. Aber dennoch ist diese Methode falsch; denn sie wird auf die Dauer wirkungslos, je mehr eine immer neu einsetzende Aufklärung die rückständigen Volksschichten zum Nachdenken und Prüfen veranlaßt. Das haben auch die jüngsten Wahlen wieder gezeigt, wie aus ihren Ergebnissen hervorgeht. Die Sozialdemokratie befindet sich auch weiterhin im Aufstieg, und es muß fürwahr ein guter, gesunder Kern in ihr stehen, wenn sie allen Verleumdungen und Verfolgungen zum Trotz immer größere Scharen um das rote Banner sammelt. Diese Tatsache sollte auch den Gegnern zu denken geben.

Tarifverhandlungen und Achtstundentag.

Wie wir schon in der vorhergehenden Nummer bekanntgegeben haben, fanden die Tarifverhandlungen über den Achtstundentag am 30. Januar 1919 im Reichsarbeitsamt zu Berlin statt. Auf Grund der Verhandlungen zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und dem Bund deutscher Dekorationsmaler einerseits und den Gehilfenverbänden andererseits ist die nachstehende Vereinbarung geschlossen worden:

§ 1. Mit dem 15. Februar 1919 tritt in allen Lohngebieten der Achtstundentag nach der Verordnung vom 23. November 1918 über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter (Reichsgesetzblatt S. 1334) in Kraft.

§ 2. Beginn und Beendigung der an den einzelnen Tagen geltenden Arbeitszeit und der Arbeitspausen wird unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse von den Orts-, Landes- oder Gauverbänden der Arbeitgeber- und Gehilfenverbände festgesetzt.

§ 3. Für den durch die Verkürzung der Arbeitszeit eintretenden Verdienstausfall wird ein entsprechender Lohnausgleich gewährt.

Die Berechnung des Lohnausgleichs erfolgt nach der tariflichen wöchentlichen Arbeitsstundenanzahl im Sommer und dem Lohnfuß (einschließlich Teuerungszulage) vom 15. Februar 1919.

In Landstädten bis zu 25 000 Einwohnern darf der Lohnausgleich einen Betrag von 20 % für die Arbeitsstunde nicht übersteigen. Diese Ausnahme gilt nicht für Kur- und Badeorte und für Industriestädte; welche Orte hierunter zu rechnen sind, bestimmen die betreffenden örtlichen Verbände und im Streitfalle die Tarifinstanzen.

§ 4. Die Verhandlungen zwischen den örtlichen Verbänden über die Einleitung der Arbeitszeit und die Berechnung des Lohnausgleichs sind bis zum 15. Februar 1919 durchzuführen.

Übergangswirtschaft.

Ueber den Fortgang der Arbeiten in der Sozialisierungskommission kann das Folgende berichtet werden:

Zunächst hat die Kommission in einem Beschluß die Grundlage ihrer Arbeit festgelegt, nämlich dahin, daß die Sozialisierung sich von allem Schematismus freihalten und daß Umfang und Form der Sozialisierung genau den verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden müssen, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen.

Bei dem durch die Erklärung gemiesenen methodischen Vorgehen ergab sich zuerst die Notwendigkeit, sich über den gegenwärtigen Zustand der Volkswirtschaft und die in anderen Stellen der Regierung geplanten Maßregeln Aufschluß zu holen. In erster Reihe wurde mit dem Vertreter der Kriegserzeugstoffabteilung und des Demobilisierungsamts die Frage besprochen, auf welche Weise sich der Staat in der Kriegswirtschaft bestimmenden Einfluß auf den Gang der Produktion und des Absatzes in den Industrien verschafft habe, ferner die Frage nach dem Grade der Zusammen- und Stilllegungen und nach den Gesichtspunkten, die dafür maßgebend gewesen seien. Insbesondere beschäftigte sich die Kommission mit solchen Industriezweigen, in welchen das Verhältnis zwischen den vorhandenen Anlagen und den Möglichkeiten einer Beschäftigung besonders groß geworden ist, so daß der Gedanke eines Eingriffs zum Zwecke der Rationalisierung nahegelegt wird.

Da nun die Kommission bei Gelegenheit dieser Besprechungen erfuhr, daß in den Kreisen der Interessenten das Bestreben nach Aufhebung der Kriegszwangswirtschaft und damit nach Wiederherstellung des früheren unrationellen Zustandes im Wachsen sei, so reichte sie bei dem Rat der Volksbeauftragten den ausführlich motivierten Antrag ein, die Zwangsorganisationen im einzelnen Falle nur in Übereinstimmung mit der Kommission abzuändern oder aufzuheben. Wenn auch keineswegs verlangt werden darf, daß diese Organisationen nicht durchgängig fehlerfrei, das heißt nicht nur nach den Grundrissen der Rationalisierung konstruiert sind, so bieten sie dennoch eine geeignete Handhabe zur Einwirkung auf die betreffenden Produktionszweige im Sinne einer rationelleren Organisation.

Da man sich im Reichsamt mit dem Problem einer Verstaatlichung des Versicherungswesens befaßt, so wurde diese Materie zunächst mit dem Vertreter des Reichsversicherungsamts, später auch mit einer Reihe namhafter Interessenten sowie den Vertretern der Aufsichtsbehörden, der Konsumrenten und mit hervorragenden theoretischen Fachleuten eingehend behandelt. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage, ob und in welcher Form ein staatliches Versicherungsmonopol möglich und zweckmäßig sei und ferner, ob und bis zu welchem Umfange ein solches mit einem Versicherungszwang zu verbinden sei. Dabei wurde die Frage der etwaigen Ersparnis durch den Ausfall der Konkurrenz und die wichtige Frage des Auslandsverkehrs an der Hand umfassender Unterlagen erörtert. Die Beratungen über das Versicherungswesen werden vorläufiglich binnen kurzem abgeschlossen werden.

Die Hauptarbeit der Kommission wurde jedoch bisher dem vornehmsten Sozialisierungsproblem gewidmet, der Vergeßlichkeit des Bergbaues. In täglich stattfindenden kontradiktorischen Verhandlungen mit den Vertretern der Bergbehörden sowie der Bundesstaaten, des Privatbergbaues, der Steigerwirtschaft und der Bergarbeitervereine aus den verschiedenen Kohlenrevieren, schließlich des Kohlenhandels, des Kohlenengroßhandels und der Konsumenten, wurde nach einem gründlich durchdachten Plan das ganze Gebiet durchforstet. Andeutungsweise galten die Erörterungen den Vorzügen und Nachteilen des Staatsbetriebes gegenüber den Privatbetrieben in bezug auf den technischen Fortschritt, in bezug auf die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter, auf die Arbeitsleistung und schließlich auf das Rechnungswesen; ferner den Schwierigkeiten, die der Organisation aus der Betriebsvereinigung mit den nachfolgenden Produktionsstufen erwachsen; sodann den Fragen der Abkürzung und schließlich den etwaigen Formen

der Staatskontrolle und der Beteiligung der Arbeiter und Unternehmer an der Leitung und am Gewinn.

Durch die Schließ der außerordentlichen Zeitumstände und diese Verhältnisse noch nicht zum Ablauf gekommen. Jedoch hat die Kommission es schon jetzt für nötig erachtet, daß durch einen parlamentarischen Akt das private Monopol in den Bodenschätzen gebrochen werde.

Die bayerische Regierung hat einen Ausschuss angelehnt zur Durchführung der Sozialisierung im Hinblick auf die Sozialisierungskommission in Berlin.

In Essen hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Sozialisierung des Bergbaues auf eigene Faust in Angriff genommen. Reichsregierung ins Mittel greift, so daß zu hoffen ist, daß wenigstens nicht ganz unumkehrbare Dinge beschlossen und ausgeführt werden.

Die Reichsregierung hat weiter am 18. Januar folgende Verordnung betreffs Bergbau erlassen:

1. Bis zur gesetzlichen Regelung und umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung und Verteilung der Vorkasse...

2. In allen Betrieben, in denen auf Grund der Berggesetzliche ständige Arbeiterausschüsse bestehen, sind, vorbehaltlich des § 12 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, unverzüglich solche Ausschüsse (Räte oder Bergwerksräte) aus der Mitte der Arbeiter des Betriebes in unmittelbarer geheimen Wahl nach den Grundzügen der Verhältnisswahl und nach näherer Maßgabe der Vorschriften der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu wählen.

Die Wahl von Arbeiterausschüssen durch Sicherheitsmänner findet nicht mehr statt; die einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen treten außer Kraft.

3. Ueber die Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zusammengehöriger Bergwerksgebiete wird die Verordnung im Sinne des nicht zur Geltung gelangten Arbeitskammergesetzes vom 18. Januar 1919, betreffend den Bergbau, werden zu Reichsbevollmächtigten für das rheinisch-westfälische Kohlengebiet ernannt: 1. Geheimrat Bergmann, 2. Generaldirektor Vogler in Dortmund, 3. Gewerkschaftsbeamter Otto Hub.

Der Arbeitsmarkt im November 1918.

Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Unterlagen für die Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes im November gewähren ein deutliches Bild von den Umwälzungen, die sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete im Laufe des Berichtsmontats vollzogen haben.

Nach den Feststellungen vom 31. Nachverbänden, die für 1414 712 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosigkeit Ende November 20 144 oder 1,8 v. H. Im Oktober war von 82 Nachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 0,7 v. H. berichtet worden.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmontat die Zahl der Arbeitssuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, sowohl bei dem männlichen als auch bei dem weiblichen Geschlecht gestiegen ist.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmontat die Zahl der Arbeitssuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, sowohl bei dem männlichen als auch bei dem weiblichen Geschlecht gestiegen ist.

monat und Vorjahr, hauptsächlich durch die politischen Ereignisse verursacht, erheblich zurückgegangen. Eine Anzahl von Betrieben mußte infolge Rohstoff- und Kohlenmangels vollständig stillgelegt werden.

Die Lacksfabriken kennzeichnen die Geschäftslage als nur mäßig und wesentlich ungünstiger im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr. Einzelne Betriebe haben aber auch einen unveränderten Geschäftsgang an.

Die Holzfabriken, die Leer, schwefelsaures Ammoniak und Benzol gewinnen, haben eine verringerte Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr hauptsächlich infolge Rohstoffmangels zu verzeichnen.

Wie die Zeitschrift „Der Baumaterialien-Markt“, Leipzig, berichtet, haben die Rückwirkungen des Waffenstillstandes und der innerpolitischen Vorgänge ihren Einfluß auch auf die Lage des Baumarktes ausgeübt. Es braucht erst Zeit, sich umzustellen, nachdem der Decresbedarf in Baustoffen und das Baubedürfnis für Kriegswirtschaftliche Zwecke zum Stillstand gekommen ist.

Nach dem Bericht der „Continuier-Bettung“ hat die Lage des Baumarktes gegen den Vormonat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die private Bautätigkeit ruht. Das Unternehmertum hält sich wegen der unklaren politischen Lage und der Teuerung der Baustoffe sehr zurück.

Das moderne Holzbeizen

in Berücksichtigung der chemischen Natur und sonstigen Eigenart der verschiedenen Holzarten.

Wilhelm Zimmermann, Chemiker, Barmen.

(Fortsetzung.)

3. Alizarol-Eichenbeizen in Pulver.

Die Alizarol-Eichenbeizen liefern auf Eichenholz die heute besonders geschätzten, stumpfen, unausgesprochenen und äußerst dezent wirkenden, hochmodernen, hellen, hell-, mittel- und dunkelgrünen, grauen, graubraunen, dunkel-, bis schwarzbraunen und schwarzen Beiztöne.

Durch das Beizen des Eichenholzes mit Alizarol-Eichenbeizen wird die natürliche Struktur des Eichenholzes noch weit stärker hervorgehoben, als dies bei den Nüchternbeizen der Fall ist, und die mit diesen Beizen gebeizten Eichenholzmöbel zeichnen sich außer ihrer hohen Licht- und Wasserbeständigkeit besonders durch ihre dezente, vornehmere, stumpfen, unausgesprochenen und ungemein ruhig wirkenden Beiztöne besonders aus.

Durch die bei den Alizarol-Eichenbeizen erforderliche Grundierung des Eichenholzes mit einer Alizarol-Vorbeize werden die etwaigen Verunreinigungen des natürlichen Holzstoffgehaltes des Eichenholzes ausgeglüht, weshalb auch bei Verarbeitung von Eichenholz von verschiedenen

Stämmen zu einer Einrichtung ein gleichmäßiger, ruhiger Ausfall der Beiztöne gewährleistet ist.

Die Alizarol-Eichenbeizen werden daher in erster Linie für erstklassige Qualitätsmöbel und Vertäfelungen aus Eichenholz verwendet und stumpfmatt oder halbmatt gehalten. Sie erfordern vermöge ihrer hohen Wasserbeständigkeit keinen stärkeren Nachschuß und werden zum Schutz gegen Schweiß- und Schmutzfingerabdrücke meistens nur mit Modernolin-Watt (Stumpfmatt) mit dem Pinsel überzogen und nach dem Trocknen mit einem Lappen gut abgerieben oder mit Schellack- oder Schellackersatz-Mattierung nur ganz dünn mit dem Wallen überzogen.

Lösungsverfahren für die Alizarol-Vorbeizen.

Man löst 10 bis 100 g Alizarol-Vorbeize (je nach der Tiefe des gewünschten Beiztones) in 1 l heißem Wasser in einem rostfreien emaillierten oder Zinggefäß auf und die Beizlösung ist gebrauchsfertig. Sie kann entweder direkt verwendet oder für späteren Gebrauch in einem verschlossenen Glas- oder Zinggefäß 5 bis 8 Tage aufbewahrt werden.

Lösungsverfahren für die Alizarol-Eichenbeizen (Nachbeizen).

Man rührt 20 bis 100 g Alizarol-Eichenbeize in Pulver mit 1/10 l hartem Salmiakgeist zu einem Brei an und übergießt ihn mit 1 l heißem Wasser unter gutem Umrühren mit einem Holzstab. Die Beizlösung ist nun gebrauchsfertig und kann entweder sofort verwendet

oder für späteren Gebrauch in verschlossenen Glas- oder Zinggefäßen aufbewahrt werden.

Beizverfahren für die Alizarol-Eichenbeizen auf Eichenholz.

Die vorher mit Wasser abgewaschenen und nach dem Trocknen gut geschliffenen Eichenholzflächen werden mit der gebrauchsfertigen Alizarol-Vorbeize mit einem Schwamm oder Beizlappen recht nah gebeizt und die noch nassen Flächen mit dem wiederholt gut ausgedrückten Beizschwamm gut nachgewischt.

Man läßt die gebeizten Möbel nun während 2 bis 3 Tagen vollständig trocknen, damit der Beizton sich entwickelt. Erst dann schleift man die Möbel mit stumpfem Glaspapier gut ab, um alle an der Oberfläche sich abgebliebenen überschüssigen Salze zu entfernen, überzieht sie mit Modernolin-Watt mit dem Pinsel oder Wattlebisch recht nah und reibt nach dem Trocknen mit einem Lappen nach.

Es ist von Wichtigkeit, daß die gebeizten Möbel erst vollkommen austrocknen, bevor sie abgeschliffen und mit Mattierung überzogen werden; denn enthält das Holz an einzelnen Stellen noch vom Beizen herrührende innere Beizfeuchtigkeit, so tritt diese nach dem Abschleifen und Überziehen mit Mattierung später doch an die Oberfläche, lagert dort einerseits Reste der in dieser Beizfeuchtigkeit noch gelösten Chemikalien ab, kommt andererseits mit der noch frisch aufgetragenen Mattierung in Berührung und zerlegt diese unter Abcheidung eines grauen, schimmelartigen Belages. — Dies gilt übrigens nicht nur für die Alizarol-Eichenbeizen, sondern ganz allgemein für alle mit Wasserbeizen gebeizten Möbel.

verschlimmert, die Wohnungsmisere von Tag zu Tag bedrohlichere Formen annimmt. Staat und Gemeinde versuchen unermüdet, durch einschneidende Maßnahmen der größten Not Einhalt zu tun. Abgesehen von den staatlich zuzuschüssigen 100 Millionen Mark haben viele größere und auch kleinere Städte bedeutende Summen für Wohnhausbau und Hoflandsarbeiten zur Verfügung gestellt. Große Industrieunternehmen wollen Arbeiterwohnhäuser bauen. Der Grundstücksmarkt geht durchschnittlich dasselbe Bild wie im Vormonat. Hypothekengelder sind zur ersten Stelle zu b. h. zu haben. Im allgemeinen ist die Lage des Geldmarktes nicht günstig.

Im Monat November wurden für das gesamte Baugewerbe von der Vermittlungsstatistik angegeben:

Table with 3 columns: Beruf, Offene Stellen, Befragte Stellen. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, Anstreicher, Lackierer, Glaser.

Table with 3 columns: Beruf, Oktober 1918, November 1918. Rows include Maurern, Zimmerern, Glasern, Malern.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe stellte sich demnach vom Januar bis November 1918 nach den amtlichen Berichten wie folgt:

Table with 4 columns: Arbeitslos, Offene Stellen, Befragte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitslosende. Rows for months from January to November.

Auf die einzelnen Landesstellen verteilten sich für das Maler- und Lackierergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den Monaten September, Oktober und November 1918 folgendermaßen:

Table with 6 columns: Monat, Arbeitslos, Offene Stellen, Befragte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitslosende. Rows for various German states like Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, etc.

Eine überhäufte Fertigung gebeizter Möbel ist besonders in den kalten und luftfeuchten Herbst- und Wintermonaten streng zu vermeiden, weil in dieser Jahreszeit das vollständige Austrocknen der mit Wasserbeiz gebeizten Möbel selbst in geheizten Räumen naturgemäß langsamer vor sich geht als bei den trockenen und warmen Luftverhältnissen der Frühlings- und Sommermonate.

Metan-Beizen (Chemische Wachsbeizen).

Der während der vierjährigen Kriegszeit in immer härterem Maße auftretende Mangel an Schellack und allen daraus hergestellten, für den Tischler früher unentbehrlichen Polituren, Schellackmattierungen und Lacken sowie die durch verursachte maßlose spekulative Preissteigerung für die noch vorhandenen geringen Mengen dieser Schellackpräparate gaben die Veranlassung, Beizen herzustellen, bei deren Verwendung die gebeizten Möbel ohne den früher allgemein üblichen Ueberzug mit Politur oder einer Schellackmattierung dem praktischen Gebrauch übergeben werden können. Dieses Problem wurde gelöst durch die Einführung der chemischen Wasserwachsbeizen (Metan-Beizen). Die mit den Metan-Beizen gebeizten Eichenholzmöbel erhalten durch das in diesen Beizen emulgierte Wachs, das sich auf der Oberfläche ablagert, eine genügend harte Schutzschicht und zeigen nach einfachem kräftigem Abbürsten mit einer Wurzelbürste und tüchtigem Abreiben mit einem Lappen einen ähnlichen Mattglanz wie die mit Schellackmattierung oder Politur ganz dünn überzogenen, wodurch nicht nur der Glanz, sondern auch gleichzeitig die Wasserfestigkeit der gebeizten Flächen erhöht wird. Bei Verwendung der Metan-Wachsbeizen kann also die Vermer-

Nachstehend geben wir das Resultat aus der Zusammenfassung unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder im Monat November 1918 bekannt:

Table with 5 columns: Monat, Mitglieder, Arbeitslos, Auf je 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose am Schlusse des letzten Monats, am Schlusse des letzten Monats. Rows for months from January to December.

Folgende Filialen sandten die statistische Karte nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Nachen, Bielefeld, Chemnitz, Grimmitzschau, Dessau, Friedberg, Graudenz, Hamm, Pirichberg, Kaiserlautern, Siegnitz, Welle, Nordhausen, Osnabrück, Passau, Plauen, Stecklinghausen, Saarbrücken, Straßburg und Ulm.

Aus unserm Beruf.

Bremen. (Gewalttat gegen die bremischen Gewerkschaften.) Eine am Montag, 20. Januar, stattgefundene, von fast sämtlichen Malergehilfen Bremens besuchte Versammlung nahm Stellung zu dem Beschluß einer Demonstrationsversammlung vom 10. dieses Monats, die Gewerkschaftsbüreaus respektive die gewerkschaftlichen Organisationen aufzulösen. Kollege Schröder berichtete zunächst über den Hergang: Am 10. Januar, abends 8 Uhr, näherte sich dem Gewerkschaftshaus ein Demonstrationzug, meist Werftarbeiter, machten dann Halt vor unserm Hause und ein Redner ergriff das Wort. Vom Balkon des Arbeitersekretariats verkündete er, daß die Gewerkschaften sich überlebt hätten, Arbeitgeber im früheren Sinne gebe es nicht mehr und Strelks würden nicht mehr stattfinden; das Gewerkschaftshaus würde laut Beschluß der Demonstrationsversammlung auf dem Marktplatz mit Beschlag belegt. Kurz darauf erschienen in den einzelnen Büreaus fünf bis sechs Personen, darunter einige mit geschultertem Gewehr, und erklärten die Büreaus für geschlossen; man möge, wenn das Bureau geschlossen sei, auch die Schlüssel abgeben. Bald darauf erschienen aber wieder vier bis fünf Personen und erklärten, die Büreaus müßten sofort geschlossen und die Schlüssel abgegeben werden. An den folgenden Tagen wurde dann in jedem Bureau eine Kontrollperson, zur Ueberwachung der Tätigkeit des Angestellten, die sich nur auf die Auszahlung der Unterstützungen beschränken sollte, eingesetzt. Kollege Schröder betonte am Schlusse seines Berichtes, daß er sich jeder Kritik über dieses Vorgehen enthalten wolle und dies lediglich der Versammlung überlasse. Die nun einsetzende Diskussion war eine sehr lebhaft und ausgebreitete. Es sprachen sich alle Redner dahingehend aus, daß eine Demonstrationsversammlung durchaus kein Recht habe, unsere Organisation aufzulösen und das Bureau zu schließen oder den Beamten abzulegen; dies alles sei Sache unserer Organisation. Zum Ausdruck wurde jedoch gebracht, daß es ein großer Fehler gewesen sei, daß die in Frage kommenden Institutionen sich mit den Werksführern auf den Abbau der Löhne eingelassen hätten; dies wäre die Ursache der großen Unzufriedenheit der Werftarbeiter. Folgende Resolution wurde dann gegen eine Stimme angenommen: „Die Malergehilfen Bremens sind der Meinung, daß eine De-

monstrationsversammlung einzelner Betriebe keinerlei Recht hat, die Verbände, zu denen wir, die Arbeiter, vorher Vertrauen haben, aufzulösen. Ein solches Recht kann nur der beruflichen Organisation zugesprochen werden. Die Malergehilfen Bremens protestieren gegen ein solches durch nichts begründetes Vorgehen auf das energischste und beschließen, der Aufforderung keinerlei Folge zu leisten. Ferner sprechen die aus Privat- und Großbetrieben Versammelten ihrem Beamten das volle Vertrauen aus, da derselbe stets das Gesamtinteresse der Mitglieder in volkstem Maße gewahrt hat.“

Gewerkschaftliches.

Eine Ganztageskonferenz des Zimmererverbandes tagte am 10. und 11. Januar in Hamburg. Aus dem Bericht des Zentralvorstandes an die Konferenz ergibt sich, daß Zahlstellen- und Mitgliederbestand des Verbandes in raschem Steigen begriffen sind. Im Beginn des Krieges zählte der Zimmererverband in 819 Zahlstellen 62.073 Mitglieder, am Schlusse des dritten Quartals 1918 in 615 Zahlstellen 10.843 Mitglieder. Die Höchstzahl der Einberufungen zum Heeresdienst betrug 43.030. Im vierten Quartal 1918 sind bereits 21 Zahlstellen neu- oder wiedererrichtet worden. Ueber den Mitgliederbestand am Schlusse des vierten Quartals liegen genaue Angaben noch nicht vor; jedoch ist auf eine starke Mitgliederzunahme zu schließen, da der „Zimmerer“, das Fachorgan des Verbandes, zu Anfang dieses Jahres bereits eine Auflage von 80.000 Exemplaren hatte. Der Stand der Verbandsfinanzen ist befriedigend. Das Vermögen betrug zu Beginn des Krieges A 4.789.000, am Schlusse des dritten Quartals 1918 A 5.873.000. Von den Verbandsausgaben während des Krieges entfällt der größte Teil auf Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer; es sind dafür insgesamt A 1.850.000 ausgegeben worden. Der Bericht behandelt weiter die Feuerungsanlagen und ihre Durchführung, die Lohnrechnung infolge Einführung des Achtstundentages, die Widerstände, die hierbei zu überwinden waren, die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern vom 15. November 1918, den Stand des Arbeitsmarktes, die Verhältnisse der Zentralinstanzen zur Ueberwindung der Arbeitslosennot und anderes mehr. Er schließt mit einer Aufforderung zur energischen Werbearbeit, die unverzüglich, spätestens aber zu Beginn des Frühjahres, in Angriff genommen werden müsse.

Die Konferenz nahm Stellung zu dem inneren Ausbau des Verbandes. Geplant ist eine Erweiterung der Unterstützungsanstalten, die natürlich auch eine Neuordnung der Beitragsleistung zur Voraussetzung hat. Streik- und Arbeitslosenunterstützung sollen erhöht, Kranken- und Sterbenunterstützung neu eingeführt werden. Alle sonstigen Unterstützungsanstalten sollen eine zeitgemäße Aufbesserung erfahren. Alle Anträge waren in einer Vorlage zusammengefaßt, die nach sehr ausgiebiger Beratung Annahme fand. Die Vorlage soll bei der nächsten Frühjahrssitzung in Aussicht genommenen Generalversammlung des Verbandes unterbreitet, vorher jedoch zur Diskussion gestellt werden. Die Einberufung einer Generalversammlung erfolgt, sobald die Möglichkeit hierfür gegeben ist.

Ferner hatte sich die Konferenz mit der Tariffrage zu befassen, da bekanntlich Ende März dieses Jahres die Tarifverträge im Baugewerbe ablaufen. Die Verhandlung dieses Punktes beschränkte sich vornehmlich auf die Ausschichten für die bevorstehende Tarifbewegung sowie auf die künftige Gestaltung des Tarifvertrages. Nach den bisherigen Erfahrungen steht die Mehrheit im Zimmererverbande auf dem Boden des Tarifvertrages; sie fordert allerdings, daß Form und Inhalt desselben den Arbeitsbedürfnissen mehr, als das bisher der Fall war, angepaßt werden. Daraus wird deshalb bei einem eventuellen Neuabschluss des Tarifvertrages, auch in Hinblick auf dessen gesetzliche Regelung, der größte Wert zu legen sein. Im übrigen wird eine endgültige Stellungnahme zu dieser Frage gleichfalls der Generalversammlung des Verbandes vorbehalten bleiben.

ding von Schellackpräparaten entweder ganz entbehrt oder doch auf ein Minimum beschränkt werden.

Diese chemischen Wasserwachsbeizen waren zwar schon vor dem Kriege bekannt, sie zeigten aber noch mancherlei Mängel, die erst durch durchgreifende Veränderung der Fabrikationsmethode behoben werden konnten; auch brachten die Tischler diesen chemischen Wachsbeizen vor dem Kriege kein größeres Interesse entgegen, weil sie naturgemäß teurer waren als die andern chemischen Wasserbeizen, und die Schellackpräparate einen solchen Preisverfall zeigten, daß ihrer ausschließlichen Verwendung keine Grenzen gezogen waren.

Die Metan-Beizen in ihrer heutigen vollendeten Qualität besitzen im übrigen alle Vorteile der andern chemischen Eichenholzbeizen: sie dringen tief ins Holz ein, heben die Struktur des Eichenholzes stark hervor, beizen die Poren und den Spiegel des Eichenholzes gleichmäßig wie die übrige Fläche, liefern bei nur einmaligem Auftragen der Beizen sehr gleichmäßige, dezente, vornehme und moderne unausgesprochene Eichenholzöne von hoher Lichtechtheit.

Die Verarbeitung dieser nur im flüssigen und gebrauchsfertigen Zustand in den Handel gebrachten chemischen Wasserwachsbeizen ist eine so überaus einfache und sichere, daß bei dem während der Kriegszeit allgemein herrschenden Mangel an gelerntem männlichen Arbeitskräften in den meisten größeren Tischlereibetrieben und Möbelabriken mit bestem Erfolge Frauen mit der Verarbeitung dieser Beizen vertraut werden konnten. Diese chemischen Wachsbeizen waren daher den Interessenten höchst willkommenen Kriegsbeizen; sie werden aber auch nach dem Kriege ihre Bedeutung keineswegs verlieren, da ihre mannigfachen Vorteile von Malern und Tischlern während der langen Kriegszeit erkannt und schätzen gelernt wurden und die Preise für Schellack und Schellackpräparate in absehbarer Zeit nie wieder ihren früheren Tiefstand erreichen werden, so daß eine allgemeinere Verwendung der chemi-

sehen Wachsbeizen schon aus ökonomischen Rücksichten für billigere Möbel geboten sein wird. Allerdings wird man die mit den chemischen Wasserwachsbeizen gebeizten Möbel in der Regel nachträglich noch mit Schellackmattierung dünn überziehen, um einerseits den Mattglanz zu erhöhen, und den Flächen eine größere Härte zu verleihen und andererseits die ohne Schellacküberzug nur mäßige Wasser-echtheit der damit gebeizten Möbel zu verbessern.

Beizverfahren für Metan-Beizen.

Die vorher mit Wasser abgewaschenen und nach dem Trocknen mit Glaspapier gut geschliffenen Möbel werden mit den vor Gebrauch mit einem Holzstab gut umgerührten und tüchtig umgeschüttelten gebrauchsfertigen Metan-Beizen mit einem Fingerring recht nahe gebeizt, die noch nassen Flächen mit einem Vertreiberpinsel gut vertrieben, nach gründl. bis vierundzwanzigstündigen Trocknen mit einer Wurzelbürste kräftig gebürstet und dann mit einem Lappen tüchtig abgerieben, bis sie einen feinen Mattglanz zeigen.

Die Metan-Wachsbeizen werden aber nicht nur ausschließlich zum Beizen von Eichenholzmöbeln, sondern auch im ausgedehntesten Maßstabe für billige Buchen-, Erlen- und Nadelholzmöbel verwendet. Insbesondere die seitens der verschiedenen Großstädte für unsere heimtückenden Arbeiter in Auftrag gegebenen sogenannten Einheitsmöbel werden in sehr vielen Fällen mit Metan-Beize gebeizt.

Wochen die gerbstofffreien Nadelholzer mit chemischen Wachsbeizen, wie oben beschrieben, nur einmal gebeizt, dann bleiben die harten Jahre dieser Holzarten allerdings heller als die weichen Nadelholzer. Sie zeigen also das negative Bild der natürlichen Holzstruktur. Sollen die harten Jahre der Nadelholzer dunkler hervortreten, also das positive Bild der Holzstruktur hervorgehoben werden, dann müssen die Nadelholzer vorher mit Metan-Grundbeize vorbeizt und nach dem Trocknen erst mit der gebrauchsfertigen Metan-Beize, von oben abgerieben, überzogen und nachher abgerieben werden. Fortsetzung folgt.

Die Fortschritte des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren gehörte zu denjenigen Organisationen, die durch den Krieg am schwersten in Bezug auf ihre Mitgliederzahl geschädigt worden sind. Am Schlusse des zweiten Quartals 1914 zählte er 20 116 Mitglieder, dagegen im zweiten Quartal 1918 nur 7 179, trotzdem annähernd 18 000 Neuaufnahmen in der Zwischenzeit zu verzeichnen waren. Immer wieder wurden ihm die männlichen Berufskollegen durch die Einziehungen entzogen, und die weiblichen gingen in großer Zahl durch weitestgehende Betriebsbeschränkungen in der Süßwarenindustrie verloren. Mit einem Schlage hat nun mit Eintritt der Demobilisierung und seit der Revolution sich das Bild geändert. Erfreulich groß war zunächst die Schär, die nach Entlassung aus dem Heeresdienst sich sofort wieder in die Reihen ihrer Gewerkschaft stellte, ein Beweis für den guten Geist, der sie beherrschte. Aber ebenso erfreulich war es, daß die immer so schwer zugänglich gewesene Arbeiterschaft in den Süßwarenbetrieben — besonders die weibliche — sich seit den ersten Tagen der Revolution nun in Massen der Organisation anschloß. Im November und Dezember 1918 hatten sich bereits über 10 000 Kollegen und Kolleginnen dieser Berufsgruppe in den Verband aufnehmen lassen, so daß dieser einschließend der zurückgeschrittenen Arbeiter am Jahresanfang bereits wieder 23 930 Mitglieder zählte. Inzwischen sind noch über 4000 Neuaufnahmen erfolgt, so daß die letzte Friedensziffer gegenwärtig fast wieder erreicht ist. Noch immer sind allerdings auch unter den gegenwärtigen Beschäftigungsverhältnissen verschiedene Tausende zu gewinnen, und es ist notwendig, daß die Agitation in der bisherigen lebhaften Weise weitergeführt wird. Im Bäckerergewerbe herrscht allerdings augenblicklich eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Deshalb geht das Bestreben der Organisation dahin, durch die Kochanstalten zu erreichen, daß das zur Verfügung stehende Mehlquantum auf möglichst viele Arbeitskräfte verteilt wird. Leider wird diesem Bestreben seitens der Mehlhersteller großer Widerstand entgegensteht; denn es bedingt u. a. auch, daß die übergroße Lehrsatzzahl sofort weitgehend eingeschränkt wird. Die Organisation erwartet, daß sie von den gegenwärtigen staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden verständnisvoll unterstützt wird; denn es handelt sich darum, das Meer der Arbeitslosen zu verringern.

Die Mannheimer Gewerkschaften zur Demobilisationsfrage. Eine Konferenz der Mannheimer Gewerkschaftsverbände befaßte sich kürzlich mit Demobilisationsfragen. Dabei wurden die verschiedenen Verordnungen der Volksbeauftragten besprochen und zum Ausdruck gebracht, daß die Zusammenlegung der Arbeitervertreter in den in Betracht kommenden Korporationen anders geregelt sein müßte. Die gleichmäßige Berücksichtigung der verschiedenen Gewerkschaftskategorien in den Demobilisationsauswahlen und letzten Amtenschiebungen, den Schlichtungsausschüssen und den Gütergemeinschaften bietet keine Garantie für eine gerechte Verteilung der Arbeitskraft. Auch die sachliche Vertretung der Arbeiter leidet unter diesem Umstand. Die fraglichen Beschlüsse hätten Bestimmungen darüber enthalten müssen, daß die Gewerkschaftsvertreter in der Sache ihrer Stärke zugelassen werden, wie es bei den Arbeiter- und Angeleitenauswahlen der Fall ist. In die Durchführung der Tarifverträge zu überlassen, sollten bei Arbeitsvergebungen Staat und Gemeinde auf Submissionsauswertungen verzichten. Bei Arbeitsaufträgen sollte der nächste Kreis unter Mithilfe von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern ermittelt und dann frei vergeben werden.

Die Unterstützungsfähigkeit in der Erwerbslosenfürsorge müßte in einem vernünftigen Verhältnis zu den örtlichen Löhnen stehen und es sollte diese Frage eine gleichzeitige Regelung erfahren.

Das Schicksal der elsaß-lothringischen Gewerkschaften. Am 4. und 5. Januar hat in Straßburg i. E. eine Konferenz stattgefunden zu dem Zweck, das Verhältnis der elsaß-lothringischen Gewerkschaften zum französischen Gewerkschaftsbund zu regeln. Ein sofortiger Anschluß an den Gewerkschaftsbund stößt auf sprachliche Hindernisse, so führte Ambs, der Elsbauer, aus, er mache den Vorschlag, die bestehenden 48 Gewerkschaftsgruppen ihren Namen nach in 14 Industrieverbänden zu vereinigen. Die Franzosen widersprachen. Dieser Plan werde sich gegen die Form der französischen Organisation, welche die Gruppen in Verbänden nach Beruf oder Industrie und nicht in Berufsorganisationen vereinige. Schließlich wurde beschlossen, 3 Bezirksverbände zu schaffen, mit dem Sitz in Metz, Straßburg und Mülhausen. Diese bilden den Regionalverband, und dieser schließt sich dem französischen Gewerkschaftsbund an. Unter andern wurde betont, daß jetzt die wirtschaftlichen Kämpfe im Vordergrund stehen. Die Löhne hängen weit unter den Unterhaltungskosten, die Arbeiterklasse gebe sich nicht mehr mit dem Zustande der Vergangenheit zufrieden. Nachdem der Vertreter der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, erklärt hatte, die elsaß-lothringischen Gewerkschaften könnten vollständig auf die moralische und materielle Unterstützung der französischen zählen, wurde der sofortige Anschluß vollzogen. — Wie man sieht, vollziehen sich unter dem Druck der Befehle in Elsaß-Lothringen Dinge, die ein klares Licht werfen auf die Stimmung, die dort herrscht. Die Gewerkschafter machen bereits vor den Verhandlungen über den Friedensvertrag weitgehenden Gebrauch von ihrem Selbstbestimmungsrecht.

Sozialpolitisches.

Leuerungszulagen für die Hinterbliebenen von Militärpersonen. Die Militärrentenempfänger haben vor allem eine allgemeine Leuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen eine solche Leuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar dieses Jahres vorgesehenen gesetzlichen Versorgungsgebühren

statt des einfachen Monatsbetrages der einundehalffachen Monatsbeitrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefeltern, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund der Militärversorgungsgesetze oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zufließt.

Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung. Nach dem „Reichsanzeiger“ stellt sich das Bild wie folgt dar:

Sozialdemokraten	11 112 450
Unabhängige	2 186 805
Deutsche Demokraten	5 552 886
Christliche Volkspartei (Zentrum)	5 848 804
Deutschnationale	2 789 196
Deutsche Volkspartei	1 108 408
Bayerischer Bauernbund	278 718
Bayerische Mittelpartei	11 055
Schleswig-Holsteinischer Bauernbund	58 482
Braunschweigischer Landesverband	58 675

Danach wären 18 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 18 293 705 sozialistische. Wahrscheinlich wird eine genauere Aufstellung die Differenz auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch am Kräfteverhältnis im Ganzen etwas zu ändern.

Nach den vorläufigen Feststellungen der Wahlkommission in 88 von 88 Wahlkreisen haben an Sitzen erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	40
Deutsche Volkspartei	17
Christliche Volkspartei	61
Deutsche demokratische Partei	71
Sozialdemokratische Partei	168
Unabhängige sozialdemokratische Partei	22
Bayerische Volkspartei	16
Bayerische Mittelpartei und nationalliberale Partei	1
Deutsche Volkspartei in Bayern	4
Bayerischer Bauernbund	4
Württembergische Bürgerpartei und württembergischer Bauern- und Weinbauernbund	2
Katholische Volkspartei (Doppel)	8
Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie	1
Braunschweigischer Landeswahlverband	1
Deutsch-Hannoversche Partei	4
Zusammen	418

Der Stimmenzuwachs der sozialdemokratischen Partei ist ein recht bedeutender gegenüber dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl; sicherlich würde er aber ein noch gewaltiger gewesen sein, wenn Einigkeit und Geschlossenheit auf der ganzen Linie bestanden hätte.

Gewerbeaufsichtsbeamte aus der Arbeiterschaft. In Bayern schreibt man zu einer Demokratisierung der Gewerbeinspektion insofern, als beabsichtigt wird, Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamte anzustellen, die das Recht erhalten, Betriebe ohne vorherige Anmeldung zu revidieren.

Vom Ausland.

Oesterreich. Ueber die Arbeitslosigkeit im Wiener Maler-, Radierer- und Anstreichergewerbe äußert sich der „Dekorateur“, das Organ unseres Bruderverbandes, wie folgt:

Das plötzliche und fast unvorhergesehene Ende des Krieges und der daraus resultierende Zusammenbruch des alten Oesterreich hat Folgeerscheinungen gezeitigt, wie sie niemand auszubedenken gewagt hätte. Von den politischen Wirkungen soll hier nicht gesprochen werden, sondern von denen auf wirtschaftlichem Gebiete. Und hier sind die Folgen ganz erschreckliche. Die ganze Wirtschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert. Das alte, große Wirtschaftsgebiet ist zerfallen, unzählige Kleingewerbliche Existenzen sind in das Proletariat hineingeschleudert worden, während andere durch die wunderbare Kriegskonjunktur zu Millionen geworden sind, die von den Folgen des Zusammenbruches unmittelbar nicht berührt werden. Am schwersten werden natürlich wieder die Arbeiter von den Nachwirkungen getroffen.

Der jähe Zusammenbruch der Fronten hat alle Pläne, die für die Ueberleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft eronnen waren, über den Haufen geworfen. Die Kriegsindustrie hat infolge der Einstellung der Aufträge mit einem Schlag die Produktion eingestellt. Dadurch sind Hunderttausende von Arbeitern plötzlich brot- und arbeitslos geworden. Die Soldaten von der Front strömten in regellosen Heusen ihrer Heimat zu und vermehren die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß durch den Zerfall des alten Oesterreich mehrere nationale Staaten entstanden sind, die uns jetzt als neue Auslandsstaaten von der Zufuhr nicht nur der Lebensmittel, sondern vor allem der Kohlen akkupieren. Das bedeutet die Stilllegung der größten Anzahl der Industrien. So ist eine Arbeitslosigkeit entstanden, wie sie schlimmer nicht sein kann.

Unverhältnismäßig stark sind auch unsere Berufe von dieser Massenarbeitslosigkeit betroffen worden. Zu der großen Zahl der Heimkehrer gesellen sich zunächst die aus der Kriegsindustrie Entlassenen. Aber auch die in den gewerblichen Betrieben Beschäftigten stellen eine unheimlich große Zahl von Arbeitslosen. Es kann allerdings nicht überraschen, daß unser Gewerbe besonders stark unter den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen zu leiden hat. Wir sind zum Teil Luxusgewerbe und als solches von dem Bedarf wirtschaftlich gut gestellter Gesellschaftsschichten, andererseits aber auch von normalen ökonomischen und politischen Verhältnissen abhängig. Die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Verhältnisse sind aber nicht geeignet, die besitzenden Klassen zurecht zu stimmen. Soweit sie es nicht vorgezogen haben, das Vaterland, das „teure“, zu verlassen, halten sie mit allen Aufträgen zurück. Die große Masse der Kunden aus den mittleren Schichten hat ihre Zahlungsfähigkeit zum größten Teil

eingebüßt, so daß sie derzeit kaum Konsumtionsfähig ist. Das Baugesewerbe ruht aber schon während des ganzen Krieges und liegt nun stillstehend ganz darnieder. Alle diese Umstände erklären zur Genüge den großen Umfang der Arbeitslosigkeit bei uns. Welchen Umfang diese besonders in Wien angenommen hat, geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Woche	Arbeitslose	Ausgewählte Unterbringung Anwesen	Woche	Arbeitslose	Ausgewählte Unterbringung Anwesen
I.	102	5 126	V.	1192	55 282
II.	821	15 851	VI.	1898	62 479
III.	616	80 508	VII.	1628	70 798
IV.	958	46 808	VIII.	1791	80 811

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, wächst die Zahl der Arbeitslosen von Woche zu Woche. In der neunten Woche werden wir wohl schon 2000 Arbeitslose erreicht haben. So sehen wir, wie sich in unserm Gewerbe die Nachwehen dieses furchtbaren Krieges in ganz erschreckender Weise bemerkbar machen. Wir stehen nun vor der bangen Frage: Wann werden bei uns wieder halbwegs bessere Verhältnisse eintreten? Die Friedensverhandlungen und deren Abschluß lassen noch lange auf sich warten. Handel und Gewerbe stocken, und die Arbeiter sehen ihrer Existenz beraubt. Nur die Schaffung von Arbeitsgelegenheit kann unsere Kollegen vor Hunger und Untergang retten. Hier auf die kompetenten Stellen einzugreifen, muß unsere wichtigste Aufgabe sein.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Druck und Verlag von J. S. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. Einzelheft 40 Pf., vierteljährlich M. 6,20.

Von den „Lichtstrahlen“, Zeitschrift für Internationalen Kommunismus, herausgegeben von Julian P. Orszag, ist das Januarheft (Nr. 9 des 4. Jahrgangs) mit folgendem Inhalt erschienen: Der Streit um die Nationalversammlung. — Phantastische Lohnforderungen. — Neuordnung der Landwirtschaft. Von G. U. — Die Ueberleitung zur Friedensarbeit. Von Hans Berliner. — Aus der dänischen Sozialdemokratie. Von Frederik Gähler, Kopenhagen. — Das kommunistische Ideal. Von Gerold. — Chor der Proletarier. Von Carl Gapp. — Die „Lichtstrahlen“ erscheinen Mitte jeden Monats. Preis pro Heft 50 Pf. Man abonniert beim Verlag der „Lichtstrahlen“, Berlin-Schlesische, Hedwigstr. 1.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 1 des 11. Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Die Jugend im neuen Deutschland. Von Richard Weismann. — Die Aufgaben der Nationalversammlung. — Eine Rutschpartie oder die genarnten Gewandinnen. Von G. Wisman, Bochum. — Leuchtende Tiere. Von A. G. Bonfer, (Mitte) (Witten). — Wiston. (Gedicht) — Elsaß-Lothringen. Von Gg. Engelbert Graf. — Blätter für die Jugend. — Aus der Praxis der Bewegung.

„Die Glocke“. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus. Das soeben erschienene 44. Heft vom 1. Februar hat folgenden Inhalt: Ernst Heimann: Das neue Grundgesetz. Dr. Paul Reich: Revolutionsprobleme. Viktor Schiff: Das Zusammengehen mit den Demokraten. Gabuvert: Neugestaltung der sozialen Kultur. L. Sohn: Das Wesen der Tilgung. Glöfien. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis des Heftes 50 Pf.

Bekanntmachungen.

In unserm Rundschreiben vom 20. Januar haben wir darauf hingewiesen, daß die beim Sicherheitsdienst usw. beständigen Mitglieder vom Beitrag befreit sind und diese Zeit als Militärdienst betrachtet wird.

Von einer Reihe von Filialen und Mitgliedern ist uns darauf die Mitteilung geworden, daß zum Teil diese Mitglieder organisiert sein müssen. Der Vorstand hat daher beschlossen, es den Filialen und den im Sicherheitsdienst befindlichen Mitgliedern freizu lassen, ob sie Beiträge zahlen wollen oder nicht. Zahlen diese Kollegen die Beiträge, dann haben sie volle Anrechte an alle Unterstützungseinrichtungen. Zahlen sie keine Beiträge, dann ist das Buch an die Hauptkasse mit dem Vermerk „Sicherheitsdienst“ einzusenden. Im letzten Falle findet eine Anrechnung der beitragsfreien Zeit als Mitgliedszeit nicht statt. Der Vorstandsvorsitz.

Sterbetafel.

Dresden. Am 6. Januar verschied plötzlich infolge Unfalls, jales unser Kollege, der Anreicher Paul Sonnabend, im Alter von 58 Jahren.

Niel. Am 27. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied Heinrich Schuchmann im Alter von 32 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 9. bis 15. Februar ist die 7. Beitragswoche.

Grüßung!

Wegen Todesfall des Malergeschäfts mit Kundhaft und Material zu verkaufen. Witwe Luckhardt, Bad Eothen (Werre).

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 4 des „Korrespondenzblattes“ bei.